
Gesellschaftsvertrag

§1

Firma, Sitz

- (1) Die Firma der Gesellschaft lautet:

Castellmühle Krefeld GmbH

- (2) Der Sitz der Gesellschaft ist Hamburg.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, besonders durch Vermahlen und Schälen von Getreide aller Art nach dem Wirtschaftszweig 1061 in Krefeld, der Erwerb, der Vertrieb sowie die Be- und Verarbeitung von Nahrungsmitteln, besonders von Mühlenerzeugnissen.
- (2) Die Gesellschaft ist befugt, zu diesem Zweck andere Unternehmen zu gründen, zu erwerben und sich an ihnen zu beteiligen, auch als alleinige Komplementärin, und Zweigniederlassungen zu errichten, und zwar im In- und Ausland.

§ 3

Stammkapital, Geschäftsanteile

- (1) Das Stammkapital beträgt

EUR 25.000,00

(EUR fünfundzwanzigtausend).

Hierauf übernimmt:

die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma

GoodMills Deutschland GmbH

mit dem Sitz in Hamburg

(Amtsgericht Hamburg, HRB 133482)

einen Geschäftsanteil in Höhe von

EUR 25.000,00

auf den 100 %, d. h.

EUR 25.000,00

zu leisten sind

(Geschäftsanteil Nr. 1)

Die Einlagen auf den übernommenen Geschäftsanteil sind in der vorgenannten Höhe unverzüglich einzuzahlen.

- (2) Die Teilung und die Zusammenlegung von Geschäftsanteilen bedürfen der notariell beurkundeten Erklärung des betreffenden Gesellschafters, jedoch keiner Zustimmung der übrigen Gesellschafter oder der Gesellschafterversammlung.
- (3) Hält ein Gesellschafter mehrere Geschäftsanteile, ist aus diesen eine unterschiedliche Ausübung der Stimmrechte zulässig.

§ 4 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am 1. Oktober und endet am 30. September.

§ 5 Geschäftsführung, Vertretung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
- (2) Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer allein vertreten, wenn er alleiniger Geschäftsführer ist oder wird bzw. durch Gesellschafterbeschluss zur Einzelvertretung ermächtigt ist. Im Übrigen wird die Gesellschaft gemeinsam durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.
- (3) Durch Gesellschafterbeschluss können einzelne oder alle Geschäftsführer von dem Verbot befreit werden, die Gesellschaft auch bei solchen Rechtsgeschäften zu vertreten, die sie mit sich selbst oder mit einem von ihnen vertretenen Dritten abschließen (Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB).
- (4) Für die Vertretungsbefugnisse der Liquidatoren gelten die Regelungen über die Geschäftsführer entsprechend.
- (5) Durch Gesellschafterbeschluss kann eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführer erlassen werden.

§ 6 Wettbewerbsverbot

- (1) Die Gesellschafter unterliegen keinem Wettbewerbsverbot gegenüber der Gesellschaft. Ein Entgelt ist hierfür nicht zu zahlen. Entsprechendes gilt für Geschäftsführer.
- (2) Etwaige Wettbewerbsverbote in anderen Vereinbarungen (z. B. im Geschäftsführervertrag) bleiben unberührt.

§ 7 Schlussbestimmungen

- (1) Sofern in diesem Gesellschaftsvertrag nicht ausdrücklich anders geregelt, sind gegenüber den Gesellschaftern abzugebende Erklärungen an die zuletzt der Gesellschaft vom Ge-

sellschafter mitgeteilte Kommunikationsadresse zu übersenden und werden diese mit dortigem Zugang wirksam. Ein schriftliches Empfangsbekenntnis steht dem gleich. Hat der Gesellschafter einer E-Mail-Kommunikation nicht ausdrücklich widersprochen, genügt die Übermittlung per E-Mail.

- (2) Sollte eine in diesem Gesellschaftsvertrag enthaltene Bestimmung unwirksam sein oder werden, so soll die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt bleiben. Die betreffende Bestimmung ist vielmehr so auszulegen oder zu ersetzen, dass der mit ihr erstrebte wirtschaftliche Zweck nach Möglichkeit erreicht wird. Dasselbe gilt sinngemäß für die Ausfüllung von Regelungslücken. Es ist der ausdrückliche Wille der Gesellschafter, dass diese salvatorische Klausel keine bloße Beweislastumkehr zur Folge hat, sondern § 139 BGB insgesamt abbedungen ist.
- (3) Die Gesellschaft trägt die Kosten (Gerichtsgebühren, Veröffentlichungskosten, Notarkosten sowie ggf. Vergütung für vorbereitende Beratungstätigkeit)
 - ihrer Gründung bis zu höchstens EUR 2.500,00,
 - von künftigen Kapitalerhöhungen in voller Höhe sowie deren Durchführung (Übernahmeerklärung und ggf. Erfüllung) bis zu höchstens 10 % bezogen auf den Kapitalerhöhungsbetrag nebst evtl. Agio oder Rücklage.